

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

21. Dezember 2009

"Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen"

SPD-Vorsitzender Rink: Verhalten von CDU & Co im Parlament war verantwortungslos Opposition inszeniert unbemerkt eigene Ideenlosigkeit

"Für die Damen und Herren der Opposition gilt nach ihrer Inszenierung der Verantwortungslosigkeit der alte Satz von Herbert Wehner: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen." Daran erinnerte der Vorsitzende der Marburger SPD, Steffen Rink, bei seiner Bewertung der Vorgänge rund um die letzte Stadtverordnetenversammlung vom 18. Dezember. Die Opposition verließ die Sitzung und wollte die Beschlussunfähigkeit feststellen lassen, um den geplanten Doppelhaushalt 2010 / 2011, auf den sich die rot-grüne Koalition verständigt hatte, zu verhindern. Dies war möglich, weil ein Parlamentarier der SPD aus rein privaten Gründen an der Sitzung nicht teilnehmen konnte.

Opposition ohne Konzepte: "Ganz gleich wie die rechtliche Würdigung der Frage der Beschlussfähigkeit am letzten Freitag aussieht: Die Opposition, angeführt von Stompfe und Fülberth, betreibt Schaumschlägerei, weil sie nicht in der Lage ist, selbst angemessenen auf die aktuell sichtbar werden den finanziellen Entwicklungen in den Kommunen zu reagieren. Wenn Stompfe von Stagnation spricht, sollte er seine eigene Fraktion und die seiner neuen Freunde, der Linkspartei, in den Blick nehmen: Außer der Forderung nach mehr Ausgaben, der Kritik an zu niedrig angesetzten Steuereinnahmen und der Forderung nach Schulden oder dem Griff in die Rücklage ist da nicht viel drin."

CDU und FDP für unsichere Haushaltslage verantwortlich: Kopfschüttelnd kommentiert der Vorsitzende weiter: "Die CDU hat selbstverständlich ein Problem: Im Bund beschließt sie Milliarden von Steuerausfällen, die Länder und Kommunen belasten. Der ausgehandelte Kompromiss ist faul: Mehr Unterstützung bei den künftigen Bildungsausgaben der Länder hilft nicht in der augenblicklichen Situation. Hessen unter Roland Koch hat zudem vorgemacht, wie solches Geld in andere Projekte umgeleitet wird." Damit spielt Rink auf die früheren Bundesmittel zur Entwicklung von Ganztagschulen an, die in Hessen überwiegend in den Ausbau der Infrastruktur für G8, also die verkürzte Schulzeit an Gymnasien, verwendet wurde. "Und bei den Kommunen kommt von diesem Geld ohnehin nichts an." Rink verweist zudem darauf, dass diese Entscheidung in Berlin, die im Bundesrat lange in Frage stand, erst vor kurzem getroffen worden sei. "Deshalb verabschieden sehr viele Städte ihre Haushalte ohnehin erst im neuen Jahr. Da braucht man nur täglich mal in die Zeitung zu schauen. Egon Vaupel hat da im November den richtigen Schritt gemacht."

CDU-Landesregierung setzt noch eins drauf: Zudem sei die Entscheidung, wie viel Erstattung des Landes Hessen nach Marburg für den gesetzlichen Ausbau der Kinderbetreuung fließt, ebenfalls erst vor kurzem gefallen. "Man muss immer wieder deutlich machen: Die CDU-geführte Landesregierung lässt Marburg im Regen stehen. Die Standards in Marburg, die über das bisherige gesetzliche Maß hinausgehen, sollen nämlich weiter von der Stadt finanziert werden."

Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de



Das war aber nur eine Vorleistung auf das, was in dem Bereich ohnehin kommen musste. Mit der neuen Gesetzeslage bekommt Marburg lediglich die minimale Differenz erstattet zwischen dem, was per Gesetz noch über das bisher in Marburg unter rot-grün freiwillig geschaffene Niveau hinausgeht. Andere Städte, die nicht mehr gemacht haben als, das, wozu sie verpflichtet waren, bekommen 100 % der Mehrkosten erstattet. Marburg jedoch nicht", ärgert sich Rink. In einer solchen Situation sei es nur richtig und zeuge von vorausschauender Politik, wenn der Oberbürgermeister und Kämmerer auch noch mal die Schätzung Steuereinnahmen prüfen lasse.

Offenbarungseide statt Politik: "Ich glaube, der CDU und den anderen Parteien geht es nur um den Showeffekt. Doch letztlich inszenieren sie ohne es zu merken ihre eigene Ideenlosigkeit. Wie nämlich CDU-Politik aussieht: dafür muss man nur in den Kreis schauen. Landrat Fischbach zeigt eine entwaffnende Offenheit, wenn seine Haushaltsrede von letzter Woche nur zwei Botschaften enthält: 1. Es gibt keine Alternative zu steigenden Schulden im Kreis. 2. Auch wenn der Kreis den Kommunen über die Kreisumlage immer mehr Geld aus der Tasche zieht, kann der negative Trend nicht umkehrt werden. Es ist erschütternd, wie fatalistisch im Kreis Politik gemacht wird. Andererseits: Roland Koch und Karl-Heinz Weimar machen es in Wiesbaden ja vor. Prestigeprojekte plus Steuererhöhungen. Das ist CDU-Politik. Das will wohl auch die CDU in Marburg."

Rot-grüner Doppelhaushalt schafft Perspektive: Deshalb sei der von rot-grün gewollte Doppelhaushalt angesichts der finanziellen Risiken eine richtige Entscheidung. Dies betreffe gerade auch die Ausgabenseite. "Wenn wir heute festlegen, welche Projekte, Initiativen oder freiwillige Leistungen im Jahr 2011 mit welchen Beträgen rechnen können, dann gibt das Sicherheit, auch wenn sich die Situation im Lauf der Zeit nochmals verändern sollte." Rink meinte, er könne auch nicht erkennen, wo das Haushaltsrecht des Parlaments eingeschränkt werde: Das Parlament beschließe ja den Doppelhaushalt, nicht der Magistrat. "Umso mehr ist es von der Opposition verantwortungslos, die Entscheidungen, die für ein verlässliches Handeln heute getroffen werden müssen, zu verhindern. Das sind taktische Spielchen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und auf Kosten derjenigen, die in Verwaltung und Politik an der Haushaltsaufstellung arbeiten müssen."

Krise beigelegt, Partei und Koalition gestärkt: Abschließend ging der Parteivorsitzende auch auf die rot-grüne Koalitionskrise ein. "Es ist richtig: die Krise ist beigelegt. Wir haben in den letzten Wochen eine Reihe von strittigen Punkten aus dem Weg geräumt. Die SPD hat dabei ihre Positionen behauptet. Ich glaube deshalb, dass meine Einschätzung richtig war, dass man manchmal Konflikte auch offen austragen muss, um eine ungute Situation zu bereinigen. In den letzten Wochen ist gerade auch innerhalb der SPD viel über Mehrheiten und politische Inhalte diskutiert worden. Das hat vieles geklärt. Im Ergebnis sind sowohl die SPD als auch die Koalition gestärkt. Das ist eine gute Ausgangslage für eine gute rot-grüne Politik in den Monaten bis zur Kommunalwahl. Der Doppelhaushalt hat damit rein gar nichts zu tun, denn ob wir 2010 im Januar beschlossen hätten oder 2010 und 2011 im März oder April: Die rot-grüne Koalition hat die Kraft, Inhalte zu setzen und zu entscheiden. Mit Augenmaß, Verstand und Perspektive."

